



Der Taliban-Experte bei der Stadtbau

Kurz vor den Sommerferien, bei der Bilanzpressekonferenz der Freiburger Stadtbau (FSB), wettete der nun „bald-nicht-mehr-Alleingeschäftsführer“ Ralf Klausmann über im Gemeinderat sich tummelnde „Taliban“. Gemeint sind damit die Menschen (namentlich besonders zwei Gemeinderäte), die ihm, dem Alleinherrscher und Sonnenkönig der FSB, einen technischen Geschäftsführer zur Seite stellen wollen.

Diese Posse ist eine von vielen, die das Demokratieverständnis von Herrn Klausmann zeigt. Auch die aktuell betriebene Politik gegen das Forum Weingarten hat nach Recherchen von Radio Dreyeckland (RDL) ihn als Ausgangspunkt. Das Forum Weingarten hat in den letzten Jahren eine konsequente anwaltschaftliche Quartiersarbeit der Unterstützung von MieterInnen in ihren Rechten betrieben und dabei auch die Politik der FSB und des Gemeinderates kritisiert.

"Demokratische Selbstverständlichkeiten sollen beseitigt werden"

Das Forum wird ganz explizit erpresst: Wenn ihr weiter städtische Gelder bekommen wollt, die die Hauptgrundlage der Finanzierung darstellen, müsst ihr aufhören, in Politikfeldern aktiv zu sein, die die FSB betreffen (z.B. Öffentlichkeitsarbeit, MieterInnen-Versammlungen, Infoveranstaltungen).

Die Institution Forum Weingarten soll kaltgestellt werden - wann kommen die anderen Stadtteile dran? Es gab Menschen eine Stimme, die sonst nicht gehört werden; eine Stimme, die dringend in den aktuellen Debatten und Kämpfen gebraucht wird. Günter Rausch fasst die Situation bei RDL wie folgt zusammen: *"Demokratische Selbstverständlichkeiten sollen beseitigt werden"*.

BürgerInnenbeteiligung – Nein Danke!

Die Beteiligung der BürgerInnen ist scheinbar in Freiburg nur erwünscht, wenn sie dem Image als grüne und liberale Stadt dient, aber nicht im Widerspruch zur eigenen Politik steht.

Das Problem ist nicht nur Herr Klausmann, dieser könnte sich allein nicht durchsetzen. Seine Politik wird begleitet von der Einschränkung grundlegender Rechte durch das „Amt für öffentlichen Ordnungswahnsinn“, das z.B. seit Jahren mit abstrusen Auflagen Demonstrationen oder das Straßenfest am 1. Mai im Grün mit Allgemeinverfügungen gängelt. Dazu kommt eine Wohnungspolitik, die auf die Mittelschicht ausgerichtet ist und auf marktkonforme Lösungen setzt und so Ausschlüsse produziert. Und eine Stadtbau, die „gut aufgestellt ist“, wenn sie Gewinne macht,

obwohl ihr Satzungsauftrag doch als Aufgabe definiert: *„die Versorgung einkommensschwacher Bevölkerungsteile, alleinerziehender Eltern, Arbeitsloser, Obdachloser und Jugendlicher.“*

Es ist still geworden! Zu still!

Dass die Herrschenden herrschen, sollte nicht verwundern – aber wo sind die vielen Stimmen in Freiburg, die dem Mythos einer offenen Stadt Leben einhauchen könnten?

Eine Stimme, die bis jetzt immer wieder zu hören war, ist aktuell verstummt: Die des Forums Weingarten. Sie fehlt zum Beispiel bei der aktuellen Entmietung und Privatisierung eines ganzen Hochhauses der FSB in Weingarten (Binzengrün 34). Wer sonst sollte auch die Grünen daran erinnern, dass sie laut ihre Homepage eigentlich auf der Suche sind: *„nach Wegen, wie wir den jüngsten Tendenzen in manchen Quartieren entgegenwirken können, wo durch Luxussanierung und Umwandlung von Miet- in teure Eigentumswohnungen bisherige BewohnerInnen verdrängt werden“* - aber in Wirklichkeit genau gegenteilig handeln?

„RECHT-AUF-STADT“-NETZWERK-TREFFEN

Jeden 2. Freitag im Monat um 20.30 Uhr. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

www.rechtaufstadt-freiburg.de

„RECHT-AUF-STADT“-NEWSLETTER

Mit unserem RaS-Newsletter informieren wir 2-3 mal im Monat über „Recht auf Stadt“ Themen. Wer Infos will, einfach Email an info@rechtaufstadt-freiburg.de

TERMINE:

- 01.10. 19:00 | *Die historische Verantwortung Deutschland gegenüber den Roma aus den Westbalkanstaaten* | Winterer Foyer (Theater Freiburg)
- 09.10. 20.30 Uhr | *Recht auf Stadt – Netzwerktreffen* | Mietshäuser-Syndikatsbüro, Adlerstr. 12
- 16.10. + 17.10. 19:30 Uhr | *Zwangsräumung: Rosemarie F. (k)ein Skandal* | Fr.: Forum Weingarten, Krozinger Str. 11 / Sa. Strandcafé Grether-Gelände Adlerstr. 12
- 22.10.2015 | 18:00 | *PH, KG 5, Raum 103*
- Zufluchts-Stadt: Kommunale Konzepte des Schutzes für Flüchtlinge und Illegalisierte – Erfahrungen aus Toronto*
- 23.10. 20 Uhr | *Flüchtlingproteste* | *Bewegungsraum* (Grether-Gelände Adlerstr. 12)
- 27.10. 20 Uhr | *Bauflächen sind keine nachwachsenden Rohstoffe* | Winter-Foyer (Theater Freiburg)



SOZIALER WOHNUNGSBAU FÜR ALLE!

Mehrere Akteure fordern angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen eine massive Ausweitung des Sozialen Wohnungsbaus. Im in Hannover entstandenen Buch *Refugees Welcome – Konzepte für eine menschenwürdige Architektur* wird z.B. der Umbau von innerstädtischen Parkhäusern vorgeschlagen, um hier ein gemeinsames Wohnen von Flüchtlingen und Studierenden zu ermöglichen, um so zu einer Durchmischung im Zentrum zu kommen. Ferner schlägt der Architekturprofessor Jörg Friedrich vor, dass nur wer 20 Prozent „Flüchtlingswohnungen“ mitbaut, ein städtisches Baugrundstück übereignet bekommen soll. Allgemein lässt sich sagen, dass die großangelegte Schaffung von bezahlbarem Wohnraum die Aufgabe für die nächste Zeit wird, auch um soziale Konflikte beim Kampf um Wohnraum zwischen verschiedenen Gruppen der Gesellschaft, wie auch Flüchtlingen, vorzubeugen.

[FR] ZAHL VON ZWANGSRÄUMUNGEN STEIGT LEICHT

Auch in Freiburg werden Menschen Jahr für Jahr zwangsweise aus ihrer Wohnung geräumt, z.B. weil sie ihre Miete nicht mehr zahlen konnten. Im Jahr 2014 waren in Freiburg laut Amt für Wohnraumversorgung 136 Zwangsräumungen mit 282 Betroffenen angesetzt. 2013 waren es 138 Räumungen mit 230 Betroffenen. Im ersten Halbjahr des laufenden Jahres sind bisher 67 Zwangsräumungen angesetzt gewesen. Tatsächlich stattgefunden haben 2014 102 Räumungen; 2013 waren es 90. Im ersten Halbjahr des laufenden Jahres wurden 48 Zwangsräumungen vollzogen.

Von den terminierten Zwangsräumungen betrafen 2014 66 sogenannte Wohnbauunternehmen, worunter auch die Stadtbau fällt, die hier den größten Anteil ausmachen dürfte, und 70 private VermieterInnen. 2015 fielen 26 auf Wohnbauunternehmen und 41 Wohnungen auf private VermieterInnen.

ÜBER 300 STÄDTE WURDEN VON BRAUNKOHLEKONZERNEN VERNICHTET

Seit 1924 wurden in Deutschland 313 Siedlungen weggebaggert. Friedhöfe wurden verlagert, Kulturdenkmäler, uralte Schlösser und Kirchen vernichtet und Menschen vertrieben. 2017 soll im Zuge der Erweiterung des Braunkohletagebaus der Dom von Immerath, ein Meisterwerk der rheinischen Neuromanik, gesprengt werden.

HAUSBESETZUNG GEGEN GENTRIFIZIERUNG IN KÖLN

In Köln wurde in der Südstadt ein Haus besetzt. Die Besetzung des Karthäuserwalls 14 fand einen Tag nach der zwangsweisen Räumung

einer Familie statt, die seit 27 Jahren im Haus gewohnt hatte. Das Haus soll abgerissen werden. Mehr Wohnraum soll auch nach dem Neubau nicht entstehen, dafür aber sollen die Preise deutlich steigen. Eine vermeintliche Baufälligkei wird von unabhängigen Architekten bestritten. Die BesetzerInnen sagen NEIN zum Abriss von günstigem Wohnraum zugunsten von Luxus-Neubauten; NEIN zur Verdrängung und zum Austausch der Bewohnerschaft in zentralen Lagen.

[FR] BRACHE WICHTIGER ALS WILLKOMMENSZELT FÜR FLÜCHTLINGE

Zur Eröffnung der bedarfsorientierten Erstaufnahmestelle gegen Flüchtlinge errichtete das No-Lager-Bündnis, ein Zusammenschluss aus verschiedenen flüchtlingsolidarischen Gruppen und Einzelpersonen, gegenüber der BEA, auf einem Teil der Götz-und-Moritz-Brache, zwei Willkommenszelte für Flüchtlinge. Hier sollte es unabhängige Informationen zum Asylverfahren für die Betroffenen und Raum zum Austausch geben; es sollte Kritik an der Lagerunterbringung geübt und ein klares Willkommenszeichen gesetzt werden. Die Eigentümerin des Grundstücks, Frau Götz aus der Baumarktfamilie Götz und Moritz, interessierte all dieses aber nicht. Sie stellte Strafanzeige. Nach wenigen Tagen ergriff die Polizei die Initiative und räumte. Schnell kam ein Bagger, um dort, wo tags zuvor noch Flüchtlinge mit anderen Fußball spielten, ein unbrauchbares Hügelgeld zu hinterlassen.

ZELTSTÄDTE SIND POLITISCH GEWOLLT

Während etwa 1000 Flüchtlinge in Dresden in einer Zeltstadt untergebracht sind, in der sie anfänglich immer wieder massiven Anfeindungen von Rechten ausgesetzt waren, stehen in der gleichen Stadt Dresden etwa 20.000 Wohnungen ungenutzt leer.

OLYMPIA VERTREIBT MENSCHEN

In Brasilien müssen Schätzungen zufolge etwa 70.000 Menschen umziehen, um der Glitzerwelt der olympischen Spiele in Rio de Janeiro Platz zu machen. Ganze Armenviertel werden platt gemacht, die BewohnerInnen, die bleiben wollen, teilweise polizeilich vertrieben. Ist die Sache nicht legal, zertrümmern Bagger bei den Arbeiten der Olympiabaustelle "aus Versehen" die Abwasserrohre des Armenviertels und hinterlassen eine stinkende Kloake, neben der es kaum jemand mehr aushält. Im Herbst sollen Hamburgs BürgerInnen in einem Referendum entscheiden, ob sie die Olympiabewerbung Hamburgs für die Spiele 2024 unterstützen.

ABSCHOTTUNG, ABSCHRECKUNG UND OBDACHLOSIGKEIT

Das Bundesinnenministerium plant eine weitere massive Zerstümmelung des Asylrechts. Ein Mitte September bekanntgewordener Entwurf sieht u.a. vor, Flüchtlingen, die über andere EU-Staaten nach Deutschland eingereist sind, sämtliche finanzielle Mittel zu streichen und ihnen nur eine Fahrkarte und Reiseproviant zu gewähren. Das betrifft dann auch genau die Geflüchteten, für dessen freundliche Aufnahme sich Deutschland so gerühmt hatte. Auch Flüchtlingen, die angeblich selber schuld sind, dass sie noch nicht abgeschoben wurden, sollen die Asylbewerberleistungen gestrichen werden. Weiter soll der Verbleib in den unwürdigen Erstaufnahmelagern auf bis zu 6 Monate ausgedehnt werden. Flüchtlinge aus angeblich sicheren Herkunftsstaaten sollen sogar bis zur Abschiebung kaserniert werden.

NEW YORK: POLIZEI MIT INTERNET-PRANGER GEGEN OBDACHLOSE

Auf Initiative von Polizeigewerkschaftsboss Ed Mullins laden gerade zahlreiche PolizistInnen in New York Bilder von Obdachlosen hoch. New York würde verkommen. Die Leute, so Mullins, pinkeln auf die Straße. Obdachlose überall. Er forderte die PolizistInnen dazu auf, in ihrer Freizeit die "Schande New Yorks" zu zeigen. Die PolizistInnen erstellen eine Karte der Stadt, die verzeichnet, welche Obdachlose wo öffentlich zu sehen ist. Derzeit leben offiziell 60.000 Obdachlose in New York City. Schätzungen gehen noch von höheren Zahlen aus.



[FR] UNERTRÄGLICHE ZUSTÄNDE IM MASSENLAGER BEA

Kurz nach der Eröffnung herrschen in der bedarfsorientierten Erstaufnahmestelle gegen Flüchtlinge beschämende Zustände, darauf machte das No Lager Bündnis aufmerksam. Die Schutzsuchenden bekommen kein Bargeld, sondern lediglich Sachleistungen. Dies ist ein klarer Rechtsbruch. Laut Gesetz steht ihnen eine Bargeldsumme von 143 € monatlich (für alleinstehende Erwachsene) zu, unabhängig von förmlicher Asylantragstellung oder Anhörung. Privatsphäre und Schutz für Frauen, auch schwangere Frauen, existierte nicht, die Versorgung mit Essen war mangelhaft, es gibt zu wenige und dreckige sanitäre Einrichtungen und die Kleiderspenden der Bevölkerung kommen nicht bei den Betroffenen an. Sprach man erst von 300-500 Personen, die dort untergebracht werden sollen, ist nun schon von über 900 die Rede.